

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz
Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer

und

dem Präsidenten des Bundesrates
Bundesrat Gottfried Kneifel

am 3. Jänner 2011

zum Thema

**"Oberösterreich übernimmt Vorsitz in
Landeshauptleutekonferenz und Bundesrat"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Klosterstraße 7 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Oberösterreich – das Vorsitzland im 1. Halbjahr 2011

Mit 1. Jänner 2011 hat das Bundesland Oberösterreich sowohl den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz und als auch den Vorsitz im Bundesrat übernommen. Des weiteren hat Finanz- und Gesundheitsreferent Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer im ersten Halbjahr 2011 den Vorsitz der Finanz- und Gesundheitsreferent/innen inne.

Die Ausgangssituation – die Herausforderungen

Österreich hat, wie europa- und weltweit, ein schweres wirtschaftliches Jahr hinter sich. Und das, obwohl in Österreich die weltweite Finanzkrise besser bewältigt wurde als in anderen Staaten. Immerhin ist Österreich im dritten Quartal 2010 mit 0,9 Prozent mehr als doppelt so rasch gewachsen wie die EU mit 0,4 Prozent.

Österreichs Politik steht aber auch vor großen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2014 soll die Wende in der negativen Schuldenentwicklung eingeleitet werden, zu dem auch die Länder ihren Beitrag leisten werden. Die Pflegefinanzierung bedarf einer raschen Lösung und die langfristige Spitalsfinanzierung muss neu diskutiert werden. Des weiteren erwarte man sich eine breite Bildungs- und nicht nur eine Schulverwaltungsdiskussion.

"Politik ist nicht das Verlängern der Gegenwart, sondern das Planen der Zukunft." Die Bundesländer bekennen sich daher zu Veränderungen und Reformen und lassen sich daher nicht als Reformverweigerer abstempeln – sind aber auch keine Zentralisten. Sie werden geschlossen und gemeinsam die Interessen des Föderalismus vertreten.

"Alle Neune" – Viele gute Gründe für den Föderalismus in Österreich

Oberösterreich wird als Vorsitzland der Landeshauptleutekonferenz und des Bundesrates nochmals klar die Vorteile eines modernen, effizienten und

bürgernahen Föderalismus in Österreich erarbeiten und diese den Bürgern näher bringen:

- Föderalismus in Österreich bedeutet, dass jede Organisationseinheit unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips Eigenständigkeit und Eigenverantwortung ausübt, jedoch gleichzeitig zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen ist. Was bedeutet, dass gesellschaftliche Probleme dort gelöst werden, auf der sie entstehen und am besten erkannt werden.
- Föderalismus ist ein dynamisches System, in dem es einen Wettbewerb und wechselseitiges Lernen zwischen und innerhalb der verschiedenen staatlichen Ebenen gibt. Diese sind netzwerkartig miteinander verbunden. Dem kooperativen Föderalismus kommt daher besondere Bedeutung zu. Weltweit ist eine deutliche Aufwertung dezentraler Strukturen festzustellen. Zwar gehen auf Grund der großen Unterschiede in den Traditionen und Strukturen nicht alle Staaten den Weg, Bundesstaaten zu gründen, es werden aber vermehrt nicht nur Verwaltungskompetenzen, sondern auch Gesetzgebungsaufgaben übertragen.
- Die föderalen Strukturen Österreichs ermöglichen nicht nur eine Nähe der Behörden zu den Bürgern, sondern auch eine viel bessere Beteiligung an der Verwaltung und Gesetzgebung und somit einer echten Teilhabe für den Bürger am Gemeinwesen.
- Föderalismus ermöglicht den Ländern und ihrer Bevölkerung eigenverantwortlich und eigenständig zu sein. Selbstbestimmtes Handeln ist innerhalb eines gesamtstaatlichen Rahmens einer rein ausführenden Tätigkeit überlegen. Denn das fördert Innovation und Effizienz.
- Föderalismus befähigt die Länder, ihre Stärken ausspielen zu können. Sie können aus eigener Kraft attraktive Wirtschaftsstandorte sein, ohne von der Zentrale abhängig zu sein.

- Föderalismus bringt, wie auch der internationale Vergleich zeigt, den Regionen besonders gute Entwicklungschancen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht.
- Da Föderalismus flexibleres Handeln vorsieht als ein zentralistisches System, können Krisen im Regelfall besser bewältigt werden. Das zeigt sich nicht nur bei Naturkatastrophen, wo der Zusammenhalt der örtlichen Gemeinschaft und die Überschaubarkeit der Strukturen ein wesentlicher Vorteil ist, sondern auch in Wirtschaftskrisen.
- Die Länder sind hier in der Lage, flexibler auf die Erfordernisse der Wirtschaft gezielt zu reagieren und vor allem, die klein- und mittelständische Wirtschaft zu fördern.

Das Arbeitsprogramm

Unter der Vorsitzführung des niederösterreichischen Landeshauptmanns Dr. Erwin Pröll im zweiten Halbjahr 2010 wurde eine Reihe von wichtigen Themen vorbereitet und in die Zielgerade geführt. Jetzt heißt es diese im ersten Halbjahr 2011 weiterzubetreiben bzw. abzuschließen:

- **Stabilitätspakt**

Die Länder werden – wie dem Bund bereits zugesagt – ihren Beitrag zur Stabilität der Staatsfinanzen leisten und sich an den gesamtstaatlichen Anstrengungen zur Budgetkonsolidierung beteiligen. Verhandlungen braucht es allerdings noch hinsichtlich des Zeitrahmens, in denen die Länder ihren Beitrag leisten können.

- **Pflegefinanzierung**

Die beiden Themen Stabilitätspakt und Pflege sind verknüpft zu betrachten, weil ein Teil der zur Budgetsanierung geplanten Steuererhöhungen für den Pflegefonds zweckgewidmet werden soll. Die genaue Summe steht noch nicht fest, zwei Drittel sollen jedenfalls vom Bund, ein Drittel von Ländern und Gemeinden übernommen werden. Der Bund ist hier entsprechend gefordert, denn er hat das Problem wesentlich mitverursacht, indem das Pflegegeld seit 1993 nur dreimal valorisiert wurde. Vor allem die Gemeinden brauchen als Hauptzahler hier rasch Sicherheit und können bei der Finanzierung nicht mehr länger alleine gelassen werden.

- **Verwaltungsreform**

Ein beachtlicher Teil der Einsparungen im Budget soll in der Verwaltung erzielt werden. Die Bundesländer stehen zu diesen Reformen und werden auch hier ihren Beitrag dazu leisten. Diese müssen aber nicht immer plakativ und laut vor sich gehen, sondern passieren täglich auf allen Ebenen: Strukturen werden vereinfacht, Standards harmonisiert, Planstellen werden nicht nach besetzt. Oberösterreich hat im Juni 2010 seine eigene Verwaltungsreform gestartet und damit klar Reformbereitschaft gezeigt.

- **Breite Bildungs- anstatt oberflächlicher Schulverwaltungsdiskussion**

Bildung und Schule sind die beste Lebensversicherung ist, die den Menschen mitgegeben werden kann. Daher sollte die Diskussion um die Bildung auch breit angelegt sein. Oberösterreich werde unter seinem Vorsitz einige Ideen einbringen.

**Präsident des Bundesrates
BR Gottfried Kneifel**

Neue Impulse für Österreich

Mit Wirkung von vom 1. Jänner 2011 geht turnusgemäß die Präsidentschaft im Bundesrat vom Bundesland Niederösterreich an das Bundesland Oberösterreich. Der bisherige Präsident Martin Preiner übergibt daher an Präsident Gottfried Kneifel symbolisch einen überdimensionalen Parlamentsschlüssel, der von Schlossermeister Josef Eisl aus St. Wolfgang gefertigt wurde. Da Gottfried Kneifel die europäische Donaunraumstrategie zum Schwerpunktthema seiner Bundesrats-Präsidentschaft gemacht hat, findet Anfang Jänner die feierliche Übergabe im Rahmen einer Donauschiffahrt von Ardagger/NÖ nach Enns/OÖ statt.

Kneifel: „Mein Ziel ist es, zur Modernisierung Österreichs durch kreative Impulse zur Staatsreform beizutragen. Eine Mehrheit der Menschen wartet auf Neuorientierung und Veränderung. Im Zusammenspiel mit Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, der zeitgleich Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz ist, möchte ich dafür sorgen, dass mein Heimatbundesland und die oö. Bevölkerung davon profitieren!“

Der Bundesrat vertritt die Interessen der Bundesländer im Prozess der Bundesgesetzgebung und wird daher auch als „Länderkammer“ bezeichnet. In Österreich übt der Bundesrat die demokratische Funktion der „Zweiten Kammer“ aus. Der Bundesrat zählt derzeit 62 Mitglieder und Oberösterreich stellt davon elf Mandatare: 6 VP, 3 SP, 1 FP sowie 1 Grüne. Seine Mitglieder werden von den Landtagen der Bundesländer entsandt, Oberösterreich wird im Wiener Parlament derzeit von Notburga Aistleitner (VP), Hermann Brückl (FP), Efgani Dönmez (Grüne), Michael Hammer (VP), Gottfried Kneifel (VP), Johann Kraml (SP), Ewald Lindinger (SP), Werner Stadler (SP), Josef Steinkogler (VP), Ferdinand Tiefnig (VP) und Angelika Winzig (VP) vertreten. Die Bundesländer wechseln sich im Vorsitz halbjährlich ab, Präsident/in wird jenes Mitglied des Bundesrates, das von seinem Bundesland an erster Stelle gereiht wurde – Gottfried Kneifel ist derzeit Erstgereihter der oberösterreichischen Bundesräte.

Der Bundesrat übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Er hat ein Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates. Es handelt sich dabei um ein so genanntes „suspensives Veto“ mit aufschiebender Wirkung, weil der Nationalrat einen Einspruch des Bundesrates gegen einen seiner Beschlüsse durch Wiederholung dieses Beschlusses überwinden kann (Beharrungsbeschluss). In einigen Fällen hat der Bundesrat jedoch ein „absolutes Veto“: Wenn es um Eingriffe in Bundesländerkompetenzen geht, ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates unbedingt nötig. Der Bundesrat kann auch selbst Gesetzesanträge stellen.